

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle III

11. November 2009 - Nr. 38 - 0,70 €

Gastkommentar von Manfred Scheuch
zum Berliner Mauerfall



Faymann in Berlin

Mauerfall als Symbol für Einheit Europas

Die letzten Tage standen ganz im Zeichen der Festivitäten rund um das Ende der Berliner Mauer. Alle, die damals, vor 20 Jahren dabei sein konnten, vor dem Fernseher oder vor Ort, werden das Ereignis niemals vergessen: Tausende Menschen stürmten die Mauer und schrieben damit den Beginn des letzten Akts einer friedlichen Revolution, die schlussendlich zu einem vereinigten Deutschland geführt hat.

Die Symbolkraft der Berliner Mauer, die mehr als 20 Jahre lang für die Abschottung des Ostens und den Kalten Krieg stand, war enorm – der Fall der Mauer bedeutete auch den Fall des Kommunismus und veränderte die Welt. Keine Frage, dass es sich Staatschefs und politische Prominenz aus der ganzen Welt, unter ihnen selbstverständlich auch Bundeskanzler Werner Faymann, nicht nehmen ließen, dem „Fest der Freiheit“ in Berlin die Ehre zu geben.

Mit dem Arbeitsbesuch in Moskau schloss der österreichische Bundeskanzler an die hochkarätigen internationalen Gespräche an – Hauptthema war die Energiepolitik.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

20 Jahre nach dem Mauerfall	4
Arbeitsbesuch in Moskau	6
Kinderrechte	7
Streit um dritte Pensionssäule	7
100 Jahre SPÖ Frauen	10
Gastkommentar von Manfred Scheuch zum Berliner Mauerfall	14

H1N1: Panik nicht angebracht – Impfkation „Neue Grippe“ angelaufen



Es ist noch ausreichend Impfstoff vorhanden.

Nach dem Gesundheitspersonal kann sich seit Montag jede und jeder gegen die „Neue Grippe“ – landläufig auch Schweinegrippe (H1N1) ge-

Einkommensschere

Fraueneinkommen in % des Männereinkommens nach höchster, abgeschlossener Ausbildung.

Pflichtschule	79,7%
Lehrabschluss	76,2%
AHS	77,1%
BHS	66,1%
Universitäten und FHS	72,6%

Quelle: APA, Grafik: SPÖ

Bildung allein schützt Frauen nicht vor ungleicher Bezahlung

Frauen verdienen in Österreich immer noch um 40 Prozent weniger als Männer. Eine aktuelle Studie der AK zeigt, dass die Einkommensschere in Österreich mit steigendem Bildungsniveau immer größer wird. Das einkommensabhängige Kindergeld, der Gratiskindergarten und die von der SPÖ geplante Einkommenstransparenz sollen helfen, die Schere zu verkleinern. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Brauchen wir ein drittes Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaket?

Die SPÖ will weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Krise setzen, um die Wirtschaft zu stärken und den Arbeitsmarkt anzukurbeln.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at mit, ob ein weiteres Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaket, wie es Sozialminister Hundstorfer vorgeschlagen hat, sinnvoll ist!



Schieder

Finanzstaatssekretär
Andreas Schieder

Allianz für FTS wird größer

Nun hat sich auch der britische Premier Gordon Brown deutlich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) ausgesprochen. Neben Deutschland, Frankreich und anderen Staaten der EU gibt es für Österreich also einen weiteren wichtigen Partner für die Durchsetzung einer FTS. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer ein Grund zur Freude. „Beharrlichkeit zahlt sich aus. Das gilt auch in der Frage der Finanztransaktionssteuer, wo wir uns weiterhin bemühen werden, die Allianz der Verfechter größer und größer werden zu lassen“, erklärte Schieder. ♦

Zitat der Woche

„Eine Wirtschaftskrise ist erst dann vorbei, wenn die Beschäftigung steigt und die Wirtschaft wächst.“

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter zur Diskussion um ein 3. Arbeitsmarktpaket



HBf/Wenzel

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit Caritasdirektor Michael Landau und Besucherinnen des Tageszentrums.

Gabriele Heinisch-Hosek besucht das FrauenWohnZimmer

Um sich ein Bild von der Lebenssituation obdachloser Frauen zu machen, besuchte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek das FrauenWohnZimmer in Wien-Leopoldstadt – ein Tageszentrum, das Frauen in schwierigen Situationen an drei Tagen in der Woche offen steht. Die Obdachlosigkeit von Frauen ist oft ein Tabuthema. Umso wichtiger ist ein geschützter Raum, den das Frauen-Tageszentrum bietet, so Heinisch-Hosek. ♦



STANDPUNKT

Niemals vergessen!

Die Ereignisse des 9. November 1938 waren die Folge von systematischer politischer Hetze.

Was am 9. November 1938 in Wien und in anderen Städten in Österreich und Deutschland geschah, kann nur als barbarisch und unmenschlich bezeichnet werden. Nichts ist mit dieser Zeit vergleichbar. Menschen wurden aus ihren Wohnungen gezerrt, geschlagen, gedemütigt, verhaftet und gefoltert. Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, zerstört oder beschlagnahmt. Das konkrete Leid, das Alten, Jungen, Frauen und Männern hier von ihren „Nachbarn“ angetan wurde, ist für uns heute kaum nachvollziehbar. Wer glaubt, diese unvorstellbaren Gewaltausbrüche seien „einfach passiert“, liegt falsch. Die Novemberpogrome waren gezielt geplant und vorbereitet. Ihnen ging eine Phase der antisemitischen Propaganda, der Aufhetzung und der Diskriminierung voran, in der das Nazi-regime das gesellschaftliche Klima für die Gräueltaten aufbereitete.

Die fürchterlichen Geschehnisse in besagter Nacht zeigen, wozu Ausgrenzungspolitik und die Hetze gegen Schwächere und Minderheiten führen können. Das Naziregime hat es geschickt verstanden, sich als Anwalt der BürgerInnen zu positionieren und auf gesellschaftliche Probleme eine einfache Antwort zu liefern: „Schuld sind die Jüdinnen und Juden.“ Mit Vergleichen zur heutigen Zeit bin ich vorsichtig, aber: Im Vorfeld der jüngsten Landtagswahlen in Vorarlberg etwa setzte der dortige FPÖ-Landeschef Egger gezielt auf antisemitische Sager. Kaum jemandem wird eine FPÖ-Wahlkampagne einfallen, bei der nicht mit fremdenfeindlichen Parolen gearbeitet wurde. Wo aber bleiben die FPÖ-Lösungsvorschläge für anstehende Fragestellungen? Der Verdacht liegt nahe, dass es einer Partei, die sich beinahe ausschließlich durch das Aufhetzen gegen Minderheiten und mittels ausländerfeindlicher Parolen das politische Überleben sichert, gar nicht um Lösungen geht, sondern einzig um Eskalation, Polarisierung und minderheitenfeindliche Stimmungsmache. Selbst vor der Forderung nach Abschaffung



Pogromnacht November 1938: Antisemitische Propaganda bereitete das gesellschaftliche Klima für die Gräueltaten auf.

des Verbotsgesetzes machen rechtsrechte Kreise in der FPÖ nicht mehr Halt – und zeigen damit ihr wahres Gesicht. Der Brutalität und Gewalt in der Sprache muss aber auch im ÖVP-geführten Bundesministerium für Inneres Einhalt geboten werden. Etwa wenn Ministerin Fekter im Zusammenhang mit Menschen von „eliminieren“ spricht. (Zitat Fekter: „Wir müssen die Gemäßigten stärken, damit wir die Fundamentalisten, die im Vormarsch sind, im Zaum halten und aus Österreich eliminieren.“)

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus gibt es auch heute noch. Wir brauchen daher Strategien und Wege, ein solidarisches Miteinander ohne Auseinanderdividieren von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund sicherzustellen, eine funktionierende Gemeinschaft zu gewährleisten und Hetztiraden, Hasspredigern oder Verharmlosung der NS-Gräueltaten eine klare Absage zu erteilen. Unabdingbar ist dabei, schon bei Kindern und Jugendlichen an-

„Wir brauchen daher Strategien und Wege, ein solidarisches Miteinander ohne Auseinanderdividieren von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund sicherzustellen.“

zusetzen. Die Schule hat die wichtige Aufgabe, Information und Aufklärung über die Verbrechen der Nazidiktatur zu vermitteln. Der Schulunterricht darf sich nicht darauf beschränken, Fakten und Jahreszahlen aufzuzählen, sondern muss Hintergründe und Faktoren für die Machtergreifung der Nazis aufzeigen, muss aber auch lehren kritische Fragen zu stellen, alles zu überdenken, sich eine eigene Meinung zu bilden sowie gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen zu thematisieren. Nur so kann der Anspruch „Niemals vergessen“ mit Leben erfüllt werden. ♦



20 Jahre Fall der

Anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums der Grenzöffnung zwischen Ost und West lud Deutschland Staatsgäste aus aller Welt zum „Fest der Freiheit“ nach Berlin.

„Nicht nur Deutschland wurde vereint, sondern auch Europa.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Vor 20 Jahren implodierte die Macht der SED und die DDR öffnete ihre Grenzen, seither hat sich die Welt stark verändert. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler hat aus

diesem Anlass Staatsgäste aus aller Welt in seinem Amtssitz in Berlin empfangen. Zu den Gästen gehörten der russische Präsident Dmitri Medwedew, Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy, der britische Premier Gordon Brown sowie US-Außenministerin Hillary Clinton. Auch Bundeskanzler Werner Faymann nahm, wie die meisten der 27 EU-Staats- und Regierungschefs an den Berliner Feiern teil. Im Rahmen dieser Gedenkfeiern erklärte Faymann, der Fall der Berliner Mauer sei

ein Symbol für die Einheit Europas, „nicht nur Deutschland wurde vereint, sondern auch Europa, und so zeigt es sich heute erfolgreich im Zusammenhalt gegen die Wirtschaftskrise, die die Volkswirtschaften weltweit empfindlich getroffen hat.“ Auch durch den Fall der Berliner Mauer und die Beendigung des Kalten Krieges hat es Europa geschafft, die Gräben der Vergangenheit zuzuschütten. Deutschland und Frankreich beispielsweise, haben innerhalb von 75 Jahren drei große,



Beim „Fest der Freiheit“ wurde eine symbolische Mauer zum Einsturz gebracht.



Bundespressdienst, Reuters (4)



Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler begrüßte Bundeskanzler Werner Faymann in Berlin.

Berliner Mauer

blutige Kriege gegeneinander geführt. Heute leben sie ein tief verbundenes freundschaftliches Miteinander und sind Garanten dafür, dass Europa eine friedliche, prosperierende Zukunft hat. Trotz aller tagespolitischen Probleme und Fragestellungen ist es gelungen, das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte zu realisieren. Natürlich ist damit die Arbeit noch nicht getan, befindet SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas: „Unsere Aufgabe ist es, dieses Europa weiterhin mit dem Geist der Freiheit zu durchdringen und dafür zu arbeiten, dass ein demokratisches Europa der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle geschaffen wird.“

Auch in der Hofburg wurde des Mauerfalls gedacht, Bildungsministerin Claudia Schmied hielt bei der gemeinsamen Veranstaltung „Aus gegebenem Anlass 1989-2009. Die Öffnung der Grenzen“ mit Bundespräsidenten Heinz Fischer eine Rede.

„Die deutsche Wiedervereinigung ist nicht nur ein Symbol, sondern auch ein ganz konkreter Beitrag für Friede, Wohlstand, Demokratie und Sicherheit in Europa“, ist Faymann überzeugt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern der Vergangenheit ist immer von größter Bedeutung. Dennoch: Die realen Probleme, die heute in Ostdeutschland bestehen, dürfen nicht im Tönen der Jubelchöre

„Unsere Aufgabe ist es, dieses Europa weiterhin mit dem Geist der Freiheit zu durchdringen und dafür zu arbeiten, dass ein demokratisches Europa der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle geschaffen wird.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

untergehen. Die neuen Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung, die die Öffnung der Mauer brachte sind eine Chance, konsequent die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. In Deutschland und in Europa. ♦

RUSSLAND

Herzlicher Empfang im Kreml

Im Zuge eines zweitägigen Russland-Besuchs traf Bundeskanzler Werner Faymann sowohl den russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, als auch den Ministerpräsidenten Vladimir Putin.

Bereits kurz nach der Ankunft in Moskau stand für Bundeskanzler Werner Faymann ein Treffen mit Präsident Dmitri Medwedew im Kreml auf dem Programm. Vorrangig wurden Fragen der Energiesicherheit, des Verhältnisses zwischen Russland und der EU sowie der europäischen Sicherheit behandelt. Speziell beim brisanten Thema Energiesicherheit suchte Faymann nach einem zukunftssträchtigen Konsens. Der Bundeskanzler zerstreute bei dem Gespräch mit dem russischen Präsidenten dessen Bedenken, dass die unter der Führung der österreichischen OMV geplanten Nabucco-Gaspipeline vom kaspischen Raum nach Mitteleuropa als Konkurrenz



Fotos: BKA



Volles Programm: Bundeskanzler Faymann trifft Ministerpräsident Putin; Kranzniederlegung beim Grabmal des unbekannten Soldaten; österreichisch-russische Arbeitssitzung.

zu den russischen Projekten Northstream (eine alternative Ostsee-Pipeline) und Southstream zu verstehen ist. Weiters unterstrich Faymann die Wichtigkeit der russischen Gaslieferungen für Europa und letztlich auch für Österreich. Bei dem am Tag darauf stattgefundenen Treffen mit Ministerpräsident Vladimir Putin genoss das Energie-Sujet erneut oberste Priorität. Trotz der Problematiken betreffend russischer Gaslieferungen in die EU, kann Österreich auf eine abgesicherte Energieversorgung bauen und vertrauen. Und auch mit Russ-

land überwiegen in dieser Hinsicht für Österreich die positiven Aspekte. „Die Liste der Probleme ist kleiner als die der Erfolge“, so Werner Faymann. Neben dem brisanten Gasthema wurde von Bundeskanzler Werner Faymann auch das bilaterale Verhältnis zwischen Österreich und Russland erfolgreich zur Sprache gebracht. In diesem Bereich kann Werner Faymann eine absolut zufriedene Bilanz ziehen: Hier gibt es zur Zeit keine Schwierigkeiten. Überdies komplettierten Beratungen im Bezug auf die AUA-Landerechte nach dem Ver-

kauf der Lufthansa und das Engagement österreichische Firmen auf der Olympia – Baustelle Sotschi den umfangreichen Themenkatalog. Als angemessener Abschluss des von Bundeskanzler Werner Faymann erfolgreich absolvierten Russlandbesuchs, vollzog er im Beisein von Vladimir Putin eine äußerst feierlich gestaltete Kranzniederlegung bei einem Kriegsmahnmal.

Und letztlich fand Bundeskanzler Faymann auch noch die Zeit, um Putin zum Europaforum nach Lech einzuladen. Der Ministerpräsident nahm dankend an. ♦

PENSIONEN

Die Zukunftsvorsorge nicht den Aktienmärkten ausliefern

Dem ÖVP-Vorschlag, künftig bei der Zukunftsvorsorge auch dann staatliche Förderungen auszubezahlen, wenn die Banken ihren Kunden keine Kapitalgarantie anbieten, erteilt die SPÖ eine klare Absage.

Die SPÖ kritisiert den Gesetzesentwurf der ÖVP, der eine staatliche Prämie für hochspekulative Zukunftsprodukte ohne Kapitalgarantie vorsieht. Eine staatliche Prämie soll ein Gütesiegel für jene sein, die für eine zusätzliche Altersvorsorge einzahlen. „Kapitalgarantie“ bedeutet, dass die Kunden auch im Fall dramatischer Kursverluste an den Börsen zumindest das von ihnen eingezahlte Kapital behalten und dass nur die bis dahin erzielten Kursgewinne wieder verloren gehen können.

Keine staatliche Spekulantenförderung mit der SPÖ

Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und die SPÖ ist in Zeiten einer angespannten Budgetsituation eine Förderung speku-



Spekulationen haben zum Einsturz der Weltfinanz und zur aktuellen Krise geführt. Daher will die SPÖ Spekulationen einen Riegel vorschieben und sie nicht durch staatliche Unterstützung fördern.

lativer und nicht kapitalgarantierter Produkte nicht vorstellbar. „Die Möglichkeit, Zukunftsvorsorgeprodukte abzuschließen und dafür eine staatliche Prämie zu erhalten, muss garantiert bleiben und darf kein

Bilderbox

„Staatliche Spekulantenförderung wird es mit der SPÖ nicht geben.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Glücksspiel werden“, betonte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Für Krainer wäre es ein Skandal, ungesicherte Finanzprodukte zu unterstützen, nachdem hochriskantes Spekulieren schon einmal die Weltfinanz zum Einsturz gebracht hat.

Auch AK-Präsident Herbert Tumpel kritisiert den ÖVP-Vorschlag: „Pensionen dürfen nicht den unberechenbaren Ausschlägen der Aktienmärkte ausgesetzt sein.“

Als „völlig unverantwortlich“ bezeichnete PVÖ-Präsident Karl Blecha die VP-Forderung. Für Blecha scheint es, als hätte „die ÖVP keine Lehren aus der Krise gezogen“. ♦

KINDERRECHTE

ÖVP konnte überzeugt werden

Eine langjährige Forderung der SPÖ wird jetzt umgesetzt: SPÖ und ÖVP erzielten eine Einigung auf die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung.

Seit Jahrzehnten fordert die SPÖ, die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern, um den Kindern in Österreich einen noch besseren Schutz zu bieten. Der Koalitionspartner ÖVP konnte jetzt davon überzeugt werden, diese Forderung mitzutragen. SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger und Verfassungssprecher Peter Wittmann zeigen sich erfreut über die erzielte Einigung. Damit ist künftig gewährleistet, dass Kinder einen Rechtsanspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen und Meinungen in allen das Kindeswohl betreffenden Angelegenheiten haben. „Mit der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung wird verdeutlicht, wie wichtig der Schutz von Kindern für

Österreichs Gesellschaft ist“, so Lueger und Wittmann. Wichtig ist der Kindersprecherin auch, dass damit das Verbot der Kinderarbeit, und der sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung von Kindern verfassungsrechtlich abgesichert ist. Verfassungssprecher Wittmann weist darauf hin, dass Kinder damit ein verfassungsmäßig abgesichertes Recht auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung haben. „Kinderrechte sind Menschenrechte und mit der Verankerung in der Verfassung werden sie endlich einklagbar“, schließt sich SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier an und erklärt: „Die Grundsätze, auf denen die UN-Konvention beruht, sind unter anderem die Nichtdiskriminierung, die Wahrung der

Interessen der Kinder sowie deren Beteiligung.“ Vor allem ist damit auch auf gesetzlich höchster Ebene klargestellt, dass Kinder ohne Gewalt aufwachsen sollen. ♦



Spiola

„Mit der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung wird eine jahrzehntelange Forderung der Sozialdemokratie endlich Realität.“

SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier

BUDGET

EU-Hilfe für Arbeitslose

Mit Mitteln aus dem Globalisierungsfonds der EU werden die Arbeitsmarktprobleme heuer deutlich gemildert. Erstes Projekt: Steiermark.

Magna und Zulieferer haben deutlich mehr als 500 MitarbeiterInnen entlassen. Um diese fit für andere Branchen wie etwa

HINTERGRUND

Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)

Mit der Änderung der EGF-Verordnung wurde dafür gesorgt, dass ArbeitnehmerInnen, die aufgrund weit reichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos sind, wirksamer unterstützt werden können.

Beispielsweise durch:

- » Verringerung der Anzahl der gekündigten Personen von 1.000 auf 500.
- » Erhöhung der Unterstützung durch den EGF von 50 Prozent auf 65 Prozent der Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose.
- » Die Ausdehnung des Zeitraumes für die Verwendung des Finanzbeitrages von 12 auf 24 Monate.



APA

Sozialminister Rudolf Hundstorfer sieht die EU-Fonds als „Instrumentarium der Reparaturmedizin“.

die Ökoindustrie zu machen, gebührt Hilfe aus Brüssel, denn die EU sieht die Arbeitslosen als Opfer der Globalisierung. Sozialminister Rudolf Hundstorfer holt aus dem Globalisierungsfonds 5,7 Mio. Euro für die Steiermark. Der Globalisierungsfonds soll auch den Abschwung in der Region Leoben bremsen. Die Halbleiterindustrie bei AT&S sowie Zulieferer

und Subzulieferer liegen auch über der unerfreulichen, aber formal erforderlichen 500-er-Marke an Freisetzungen. Sozialminister Hundstorfer rechnet „mit einem ansehnlichen Millionenbetrag“ und lässt einen zweiten Antrag ausarbeiten. Für den Raum Steyr/St. Valentin ist auch ein Millionenpaket geplant: Für den Maschinen- und Anlagenbau. ♦

STÄDTE UND GEMEINDEN

„Transferanalyse gefordert“

Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer fordert eine Transferanalyse für Städte und Gemeinden sowie Reformen bei den BürgermeisterInnen-Bezügen.

Eine offene und unvoreingenommene „Transferanalyse“ für Städte und Gemeinden fordert der SPÖ-Bundesgeschäftsführer und langjährige Rechnungshofsprecher Günther Kräuter. Über eine Transferanalyse der Gemeinden könnten die Finanzströme sichtbar gemacht werden, der gemeinsame Mittelseintrag von Bund, Ländern und Gemeinden, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege und Schutz vor Naturgefahren, könnte optimiert werden. „Eine systematische und vernetzte Steuerung der Transfers fehlt vollständig, die Folgen der Intransparenz sind unklare Verantwortlichkeiten, sowie das Risiko unwirtschaftlicher und unzweckmäßiger Gebarung in Milliardenhö-

he“, so Kräuter, der vorschlägt, dass der Rechnungshof die rund 210.000 Transferströme auf Gemeindeebene systematisch durchleuchten und Lenkungsmöglichkeiten herausarbeiten, aber auch Vorschläge zur Verringerung von Transaktionskosten und Verwaltungsaufwand vorlegen soll.

Eine rasche und zielgerichtete Reform des Bezügesystems und der Sozialabsicherung der österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist dem SPÖ-Bundesgeschäftsführer ein weiteres Anliegen: „Der steigenden Verantwortung und dem zusätzlichen Arbeitsaufwand der Gemeindeverantwortlichen muss eine angemessene Vergütung und faire soziale Absicherung gegenüberstehen.“ Etwa der Um-

stand, dass der Bürgermeisterbezug bei vorzeitiger Alterspension bei ASVG-Versicherten entfällt, bei pensionierten Beamten dagegen nicht, ist eine äußerst fragwürdige Ungleichbehandlung.



SPÖ

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Eine systematische und vernetzte Steuerung der Transfers fehlt vollständig.“

VERKEHRSSICHERHEIT

„Alkohol am Steuer: Könnten Sie damit leben?“

Verkehrsministerin Doris Bures präsentierte die neue Bewusstseinskampagne des BMVIT, die auf die Gefahren des Fahrens unter Alkoholeinfluss hinweisen soll.



Verkehrsministerin Doris Bures: „Alkohol am Steuer ist kein Kavaliersdelikt.“

BMVIT zehn Jahre. Verkehrsministerin Doris Bures will jetzt das Bewusstsein aller AutofahrerInnen schärfen: „Neben guten Gesetzen ist die Prävention und Bewusstseinsbildung sehr wichtig. Die Kampagne soll klar machen, dass Alkohol am Steuer kein Kavaliersdelikt ist. Denn wer alkoholisiert fährt, der gefährdet nicht nur sein eigenes Leben, sondern auch das anderer. Die Frage lautet tatsächlich: Könnten Sie damit leben?“

Gesetze, Kontrolle, Bewusstseinsbildung

Neben den richtigen Gesetzen, die im Verkehrssicherheitspaket verankert sind, und Kontrollen durch die Exekutive, ist

Bewusstseinsbildung für die größten Gefahren im Straßenverkehr der entscheidende Faktor, um die Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen zu verbessern. „Deshalb starten wir die große Verkehrssicherheitskampagne gegen Alkohol am Steuer“, so Bures. Die breite Medienkampagne unter dem Slogan „Alkohol am Steuer: Könnten Sie damit leben?“ wird als Kino-, TV- und Radiospot laufen und von einer Inseratenkampagne in österreichischen Medien begleitet. Besonders wichtig sind hier auch die neuen Medien, vor allem social networks wie Facebook. Unterstützt wird die Kampagne von der Asfinag, dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, der Wiener Städtischen und der AUA. ♦

FORSCHUNG

Hochtechnologie-Standort

BMVIT bringt sechs hochwertige Siemens-Kompetenzzentren nach Österreich.



Ministerin Doris Bures und Siemens-Chefin Brigitte Ederer forcieren die Forschung.

Der Technologie-Standort Österreich wird durch die Ansiedlung von sechs Siemens-Kompetenzzentren massiv aufgewertet. Die Gesamtinvestitionen bezüglich der Forschungsniederlassungen belaufen sich auf 25 Millionen Euro und wurden vom Infrastrukturministerium maßgeblich finanziert. „Die Forschungsniederlassung wäre nicht möglich ohne die Forschungsförderung seitens des Bundesministeriums und der guten Zusammenarbeit mit Infrastrukturministerin Doris Bures“, so Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich Brigitte Ederer. Laut Bundesministerin Doris Bures müsse nun das Ziel sein, Österreich unter den Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften zu platzieren. ♦

ARBEITSRECHT

Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten

Sozialminister Rudolf Hundstorfer zeigt sich über die Signale aus der ÖVP erfreut, die Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten gleichzustellen.



Der Sozialminister geht davon aus, dass die Anpassung im ABGB noch heuer umgesetzt werden kann.

BMASK In einigen Punkten wie bei der „sonstigen Dienstfreistellung“ – die nun bei Schließungen von Schulen zur Anwendung kommt – gibt es immer noch Unterschiede. Hier ist im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) ein kollektivvertraglicher Vorbehalt für ArbeiterInnen verankert, der von der Regierung Schlüssel im Jahr 2000 festgeschrieben und bereits damals vom ÖGB kritisiert wurde. „Ich werde daher nun, nachdem die ÖVP hier ebenfalls Änderungsabsichten äußert, die legalistischen Voraussetzungen schaffen lassen, damit in Zukunft alle ArbeiterInnen unabhängig vom Kollektivvertrag genauso wie die Angestellten eine Dienstfreistellung erhalten, wenn so wie jetzt Schulen gesperrt werden müssen und für ihre Kinder ansonsten keine Beaufsichtigung möglich ist. Wir können in dieser Angelegenheit sehr rasch eine gesetzliche Änderung erreichen“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. ♦

lassen, damit in Zukunft alle ArbeiterInnen unabhängig vom Kollektivvertrag genauso wie die Angestellten eine Dienstfreistellung erhalten, wenn so wie jetzt Schulen gesperrt werden müssen und für ihre Kinder ansonsten keine Beaufsichtigung möglich ist. Wir können in dieser Angelegenheit sehr rasch eine gesetzliche Änderung erreichen“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. ♦

100 JAHRE SPÖ FRAUEN

Ein Grund zum Feiern

Um die Wurzeln der SPÖ-Frauenorganisation, aber auch um Zukunftsvisionen ging es unter Anwesenheit von Bundeskanzler Werner Faymann, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sowie weiteren hunderten TeilnehmerInnen beim Fest zum 100jährigen Jubiläum der SPÖ Frauen.



Hunderte TeilnehmerInnen kamen zum Fest der SPÖ-Frauen.

Mit einem Blick auf Erreichtes und noch zu Erreichendes zelebrierten die SPÖ Frauen ihr 100jähriges Jubiläum. Die SPÖ-Frauenbewegung wurde von ihren Anfängen an vom Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter und der Chancengleichheit geprägt. „Die Frauenorganisation ist ein ganz wichtiger Bestandteil sowohl für ein soziales und gerechtes Österreich als auch für die Sozialdemokratie im Allgemeinen“, so Bundeskanzler Werner Faymann.

Mehr Transparenz bei den Einkommen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek verwies – nach den „Rückschritten in den Jahren 2000-2006“ – nicht nur auf aktuelle Verbesserungen wie das Kindergeld Neu, sondern ortete auch Aufholbedarf in der

Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt. Die Frauenministerin rief dazu auf, das „Mondfenster“ zu nützen, dass sich durch die ÖVP-Diskussion über Transparenz geöffnet hat. „Fangen wir doch zuerst mit der Transparenz bei den Einkommen von Männern und Frauen an“, so Heinisch-Hosek. Auch sei es im Bezug auf die 40-Prozent-Quote innerhalb der Partei „nicht einzusehen, dass man das Potenzial der Frauen in der Partei brachliegen lässt.“

Weitere Herausforderungen für die Frauenpolitik

Lob äußerte Bundeskanzler Faymann für jene Frauenfunktionärinnen und Sozialdemokratinnen, die sich „für ein Stück mehr Gerechtigkeit politisch organisieren“. Er wies jedoch auch auf die Herausforderungen hin, die es noch im Bereich der



Gute Stimmung herrschte unter den prominenten Gästen bei der 100-Jahr-Feier.



„Die Frauenorganisation ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Sozialdemokratie“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann (hier im Bild mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz).



Auch Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die Vorsitzende der afrikanischen Frauenorganisation Etenesh Hadis, und die Wiener Stadträtin Sandra Frauenberger (v. li.) zählten zu den Gästen.

Kinderbetreuungsplätze und ganztägigen Schulformen zu meistern gäbe.

Auch die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger betonte die Wichtigkeit betrieblicher Frauenförderung, besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Hunderte TeilnehmerInnen besuchten die gelungene Veranstaltung, darunter Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Gesundheitsminister Alois Stöger, Frauenvorsitzende und Frauenministerin a.D. Johanna Dohnal und die beiden SPÖ-Bundesgeschäftsführer Laura Rudas und Günther Kräuter.

INFO

Die sozialdemokratische Frauenbewegung

Am Parteitag der SozialdemokratInnen in Reichenberg, der von 19.-24. September 1909 stattfand, wurde die „Freie politische Frauenorganisation“, die 1908 bei der 3. Frauen-

reichskonferenz entworfen wurde, von der Sozialdemokratie festgeschrieben und die sozialdemokratische Frauenbewegung von der Partei als Teilorganisation anerkannt.

Sachbuch

Die Chance der Krise

Matthias Horx zeigt in seinem neuen Buch auf, dass Krisenzeiten den Blick für Neues schärfen.

Wir diskutieren nahezu täglich über die Veränderungen, denen wir ausgesetzt sind, über den raschen Wandel der Globalisierung oder die rasante Entwicklung der Technologie. Viele kommen mit den Neuerungen schwer zurecht, weil sie einen Verlust an Sicherheit befürchten. Aber wie funktioniert der Wandel im Alltag, in der Gesellschaft, bei jedem Einzelnen, und was bedeutet er für uns? Matthias Horx schlägt einen Bogen von den Jäger- und Sammlerkulturen bis zur komplexen Welt von

heute, um zu zeigen, wie die Menschheit Herausforderungen bewältigt hat oder wann und warum eine Gesellschaft wie etwa das Volk der Maya scheiterte. Anschaulich schildert er auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse aus Psychologie, Verhaltensökonomie, und den Neurowissenschaften, was es braucht, um die Welt neu zu erfinden und den Wandel als Chance zu begreifen. Ein äußerst intelligentes und höchst zeitgemäßes Buch gegen die Angst vor dem Neuen. ◆

Erzählband

Chinas Gesellschaft von unten

Fesselnd in Szene gesetzt lässt Liao Yiwu selten gehörte Stimmen Chinas in einem klaren literarischen Gewand ertönen.

Der chinesische Autor Liao Yiwu wurde wegen eines Gedichts zum geschichtssträchtigen Massaker vom 4. Juni 1989 zu einer mehrjährigen Haft verurteilt und gefoltert. Mit seinem neuen Buch legt der unverwundliche Kämpfer ein überzeugendes Zeitdokument gesellschaftlicher Outsider im heutigen China vor. Hierfür ist der Romancier durchs Land gereist und hat, was ihm die Leute berichteten, auf spannende Art und Weise zu Protokoll gegeben.

Da gibt es Figuren wie den Funktionär, der „vom Glauben abgefallen“ ist, die Prostituierte, den Toilettenmann, den Komponisten und auch den Menschenhändler, der ohne Reue seine Geschichte parliert. Ein einprägsames Porträt jener Seite von China, welche die Nomenklatura mit allen Mitteln totzuschweigen versucht. Auf subtile Weise offenbart dieser Band die politischen und gesellschaftlichen Missstände im Land der aufgehenden Sonne. ◆

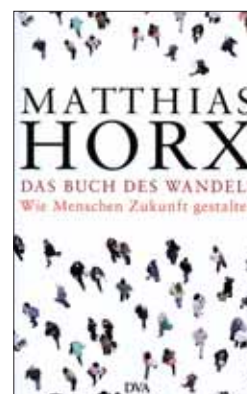
Biographie

Ein starke Frau erinnert sich

Die Witwe des bei einem Attentat umgekommenen ägyptischen Staatsoberhauptes Anwar Sadat schildert ihr engagiertes Leben.

Jehan Sadat beschreibt in ihrem Buch die mannigfaltigen Friedensanstrengungen, die ihren Mann Anwar Sadat zu Lebzeiten als dialogfreudiges Oberhaupt des Wüstenstaates auszeichneten. Jehan Sadat setzte die Arbeit ihres Mannes nach dessen Ermordung entschlossen fort und engagierte sich seither unermüdlich für die Rechte von Frauen in der arabischen Welt, die Verständigung zwischen den Religionen und den Frieden im Nahen Osten. Sie erinnert in zahlreichen Passagen an

ihren Gatten und dessen Vermächtnis. Weiters spricht sie mit eindrucksvollen Worten über den Tag, an dem er einem Attentat zum Opfer fiel. Lesenswert pendelt die unermüdliche Frau in ihren Ausführungen zwischen der Schilderung politischer Ereignisse, sowie persönlicher Erlebnisse. Äußerst lesenswert ist auch das von Helmut Schmidt verfasste Vorwort zum Buch. Der ehemalige Wegbegleiter von Jehan Sadats Gatten findet darin ergreifende Worte. ◆

☐ Stk.


Matthias Horx:

Das Buch des Wandels.

Deutsche Verlags-Anstalt,

München 2009;

384 S., 23,60 €

☐ Stk.


Liao Yiwu:

Fräulein Hallo und der Bauernkaiser. Chinas Gesellschaft von unten.

Fischer Verlag, Frankfurt 2009;

539 S., 23,60 €

☐ Stk.


Jehan Sadat:

Meine Hoffnung auf Frieden.

Campe Verlag,

Hamburg 2009;

223 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18****Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at**

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

BurgenländerInnen wollen Verlängerung des Assistenzeinsatzes an der Grenze



Laut einer vom „Kuratorium Sicheres Österreich“ in Auftrag gegebenen Umfrage sprechen sich 86 Prozent der

BurgenländerInnen für die Fortsetzung des Bundesheer-Assistenzeinsatzes aus.

„Diese Umfrage hat das erwartete Ergebnis gebracht, sie bestätigt eindrucksvoll die Forderung nach einer Verlängerung des Assistenzeinsatzes im Burgenland“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Der Einsatz des Bundesheeres im Grenzraum habe sich bewährt, es werde „sehr wertvolle Arbeit für die Sicherheit der Bevölkerung geleistet“. Die Zahl der Meldungen seitens der AssistenzsoldatInnen im Burgenland sind



Der Assistenzeinsatz im Burgenland hat bisher 90.000 Personen vom illegalen Übertritt abgehalten.

deutlich gestiegen – von knapp 400 im Jahr 2008 auf bisher knapp 700 im Jahr 2009. Heuer konnten bereits 90.000 illegale Grenzübertritte verhindert werden. Verteidigungsminister Norbert Darabos:

Picturedesk

„Ich stehe zu den Assistenzeinsätzen an den österreichischen Grenzen.“

Polizei muss nachbesetzt werden

Das Bundesheer könne „aber auf keinen Fall Ersatz für die fehlenden PolizistInnen im Burgenland sein“, so der Landeshauptmann weiter. Dem Burgenland würden rund 270 PolizistInnen fehlen, daher fordert Niessl VP-Innenministerin Fekter neuerlich auf, nicht besetzte Planstellen bei der Polizei im Burgenland nachzubeseetzen. „Der zuletzt betriebene schleichende Personalabbau bei der Exekutive geht auf Kosten der Sicherheit der Menschen in der Grenzregion“, zeigt sich der Landeshauptmann besorgt. ♦

STEIERMARK

LKH 2020: ÖVP betreibt Doppelspiel!



Für SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl geht das ÖVP-Doppelspiel beim Projekt LKH 2020 auf Kosten der medizinischen Versorgung.

„Die Zustände an der Grazer Chirurgie sind unerträglich – die Politik muss die Weichen stellen, damit die medizinische Versorgung der steirischen Bevölkerung gewährleistet bleibt“, fordert Kröpfl. In diesem Zusammenhang kritisiert er Finanzminister Pröll, der vor wenigen Tagen bisherige Verhandlungsgespräche zum LKH 2020 in Abrede gestellt hatte. Gleichzeitig erklärt der steirische ÖVP-Chef Schützenhöfer vollmundig, dass er selbst sofort einen Gesprächstermin dafür im Finanzministerium bekommen würde. Kröpfl forderte Schützenhöfer daraufhin auf, seine Kontakte spielen zu lassen und rasch einen Verhandlungstermin einzufädeln, damit alle Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden und sich so das Projekt LKH 2020 nicht weiter verzögert. ♦



SPÖ Steiermark

Walter Kröpfl übt harte Kritik am Vorgehen der ÖVP beim Projekt LKH 2020.

TIROL

SPÖ Innsbruck: Pechlaner bestätigt



Ernst Pechlaner, Vorsitzender der SPÖ Innsbruck, wurde beim gut besuchten Parteitag mit 98 Prozent der Stimmen in seiner Funktion bestätigt.

Lob gab es zu Beginn von Landesparteivorsitzendem Hannes Gschwentner, der die Vorbildfunktion der Stadtpartei hervorhob und appellierte, „intern zu diskutieren und geeint zu marschieren“. Highlight des Stadtparteitages war die Rede von Ernst Pechlaner, in der dieser darauf verwies, dass eine Sozialdemokratisierung der ÖVP nicht zu erkennen sei. Er verwies etwa auf die Themen Studiengebühren, Transferkonto und Hacklerregelung. Zudem



SPÖ Tirol

forderte Pechlaner eine Besteuerung aller Spekulationen, um Sozialausgaben zu finanzieren. Mit der Großen Victor-Adler-Plakette wurde schließlich der ehemalige Bundesminister Herbert Salcher geehrt. ♦

Ernst Pechlaner wurde mit überwältigender Mehrheit wieder zum Stadtparteivorsitzenden gewählt.

OBERÖSTERREICH

Jörg Mayer hat SPÖ-Klub geprägt

Anlässlich seines beruflichen Abschieds erhielt der Landesamtsdirektor-Stv. Jörg Mayer die Viktor-Adler-Plakette.



Zahlreiche Ehrengäste feierten den beruflichen Abschied von Jörg Mayer mit der Verleihung der Viktor-Adler-Plakette durch LH-Stellvertreter Josef Ackerl. Der Landesamtsdirektor-Stellvertreter habe „die Arbeit des Klubs intensiv geprägt und Großes geleistet“, dankte der SP-Klubobmann Karl Fraiss dem langjährigen Klubsekretär des oberösterreichischen SP-Landtagsklubs Mayer. Zu den rund 80 Geladenen zählten auch zahlreiche Ehrengäste aus der SP-Riege der oberösterreichischen Landespolitik. Die Nachfolge von Jörg Mayer tritt Werner Innreiter an, der bisherige stellvertretende Klubsekretär. ♦



SPÖ OÖ

Der SP-Parteivorsitzende in OÖ Josef Ackerl (li.) überreicht die Viktor-Adler-Plakette an Jörg Mayer.

ROTE FALKEN

Neuer Bundesvorsitzender gewählt

Michael Schinninger heißt der Neue an der Spitze der Roten Falken auf Bundesebene.



Auf der Bundeskonferenz in Steyr wurde das neue Bundesteam der Roten Falken gewählt, und damit Michael Schinninger mit großer Zustimmung zum neuen Bundesvorsitzenden gemacht. Der 21-jährige Verfahrenstechnik-Student, der seit früher Kindheit bei den Kinderfreunden und Roten Falken aktiv ist, möchte in Zukunft den Fokus seiner Arbeit auf die internationale Tätigkeit der Falken legen, wie zum Beispiel mit dem internationalen Falkencamp im Sommer 2010 in Kärnten. Die Roten Falken sind seit 1925 die Jugendorganisation der Kinderfreunde und möchten das Ziel einer „sozial gerechten und demokratischen Welt“ durch Kinder- und Jugendgruppenarbeit vermitteln. ♦



Kinderfreunde

Michael Schinninger – der neue Bundesvorsitzende der Roten Falken.

VOLKSHILFE

Pflege- und Betreuungspreis 2009

Sozialminister Rudolf Hundstorfer übergab den Pflege- und Betreuungspreis 2009.



Am Pflegekongress in Wien vergab die Volkshilfe den Österreichischen Pflege- und Betreuungspreis 2009, um das besondere Engagement von Menschen in der Pflege sowie Innovationen im Bereich gemeinnütziger Organisationen auszuzeichnen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Barbara Stöckl überreichten den GewinnerInnen die Preise in den Kategorien „Organisationen“ und „pflegende Angehörige“. ♦



Volkshilfe

Die glücklichen PreisträgerInnen mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Laudatorin Barbara Stöckl.

VORARLBERG

Wirrwarr beim Jugendschutz beseitigen!



SPÖ-Jugendsprecherin Mirjam Jäger freut sich über das Vorhaben der Bundesregierung, den Jugendschutz österreichweit zu vereinheitlichen.

„Eine langjährige Forderung der Kinder- und JugendanwältInnen wurde endlich auch vom zuständigen ÖVP-Minister aufgegriffen“, so Jäger. Höchste Zeit sei es, die Bestimmungen für Jugendliche betreffend Alkoholkonsum und Ausgehzeiten zu vereinheitlichen. Bei den Beratungen zur Novellierung des Jugendgesetzes wünscht sich Jäger aber auch, dass neben den Landesjugendbeiräten und den Kinder- und JugendanwältInnen auch Vertreterinnen und Vertreter der Jugend eingeladen werden. ♦



SPÖ Vorarlberg

SPÖ-Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger kämpft engagiert für ein einheitliches Jugendschutzgesetz.



SPÖ Wien

Das Udenkbare wurde wahr

Manfred Scheuch zum 20-jährigen Jubiläum des Endes der Berliner Mauer.



APA

1989 fiel die Mauer, die die BürgerInnen der DDR mehr als 20 Jahre vom Westen aussperrte.

Es war im Jahr 1953, als nach dem Arbeiteraufstand am 17. Juni in der Stalinallee der Staatschef der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht auf Flugblättern erklären ließ, das Volk habe sich das Vertrauen der Regierung verscherzt und könne es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern. Damals gab Bertolt Brecht den Rat: „Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes.“

Diese Regierung, vor die Tatsache gestellt, dass mehr als eine Million ihrer BürgerInnen die noch offenen Grenzen nutzten, um dem Regime zu entfliehen, fand freilich eine andere, ungeheuerliche Lösung: Sie ließ eine Mauer errichten, die „ihre“ Berliner von der westlichen Welt abtrennte – eine Ausgeburt des „Kalten Kriegs“, welcher nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in zwei Teile zerrissen hatte.

„Die Lüge war ihr täglich Brot“, umschrieb ein polnischer Dichter das System des Sowjet-Imperiums, in dem die von der Nazigewalt befreiten Staaten als „Volksdemokratien“ für Jahrzehnte unter eine neue Zwangsherrschaft geraten waren. Die Lüge stand schon am Anfang des Mauerbaus, als Ulbricht noch wenige Wochen zuvor behauptet hatte, niemand denke an eine solche Mauer. Die zweite Lüge war ihr Name: „Antifaschistischer Schutzwall“ nannten sie die Machthaber, obwohl sie nur die eigenen BewohnerInnen vor der Flucht aus den unerträglichen Verhältnissen einer Diktatur abhalten sollte.

Es schien, als ob die Menschen diese Situation angesichts der Aussichtslosigkeit einer Änderung des starren Kurses hinnehmen, zumal, wer aufmuckte, sehr bald in die Fänge der „Staatssicherheit“, Stasi genannt, geriet.

Eine Änderung der Verhältnisse schien noch in den späten 1980er Jahren nicht nur den DDR-BürgerInnen undenkbar, ganz zu schweigen von einer Wiedervereinigung in einem demokratischen Deutschland; auch für die westdeutsche Politik war das kein Thema.

Es wurde offenbar auch nicht wahrgenommen, dass das kommunistische System insgesamt in eine Strukturkrise geraten war. Allerdings hatte der neue Mann im Kreml, Michail Gorbatschow, erkannt, dass nur eine durchgreifende Änderung eine Wende bringen könnte. Das machte vielen Mut, gab neue Hoffnung. In der DDR entzündete sie sich an dem Drängen zur Reisefreiheit. Die mutigen Ungarn begannen, den „Eisernen Vorhang“ abzubauen, und die DDR-Deutschen drängten in die Freiheit. „Fürchtet euch nicht!“ – das Bibelwort wuchs in Leipzig zur Tat: als in Leipzig Zehntausende mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf die Straßen drängten, geschah das Wunder: die Revolution wurde nicht zum Blutbad. Überwältigt von dem Willen der Volksmassen fiel letztlich auch die Mauer. Und das so schnell, weil das Politbüro in der Hast seinem Repräsentanten nur einen Zettel – ein Treppenwitz der Weltgeschichte – in die Hand drückte, ohne genaue Durchführungsbestimmungen für das neue Gesetz. Günter Schabowski glaubte, mit „unverzüglich“ das Richtige zu sagen (und das war's auch) – und mit Jubel und Tränen in den Augen drängte die Menschenflut in die neue Freiheit. ♦

Manfred Scheuch war von 1970 bis 1989 Chefredakteur der Arbeiterzeitung und danach für mehrere SPÖ-Medien tätig. Scheuch, der in Geschichte promoviert hatte, ist auch als Autor historischer Fachliteratur bekannt.

TERMINKALENDER

Montag, 16. November

KulturTalk

Unter dem Motto „Kunst ohne Grenzen – Internationalisierung & Mobilität“ veranstaltet das Renner-Institut den ersten „KulturTalk“ mit Bundesministerin Claudia Schmied zum Thema Mobilität österreichischer KünstlerInnen und zur Rolle Österreichs als Gastgeberland für internationale KünstlerInnen. VertreterInnen des internationalen Kulturbetriebes diskutieren gemeinsam mit Claudia Schmied. Durch den Abend führt die international anerkannte Kulturkorrespondentin und Literaturkritikerin Sigrid Löffler. Information & Anmeldung: Renner-Institut, Tel.: 01/804 6501, post@renner-institut.at

Beginn: 19.30 Uhr

MuseumsQuatier

Ovalhalle

Museumsplatz 1, 1070 Wien

Und sie lügen doch

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zur Buchpräsentation und anschließender Lesung von Michael Amon. Einleitende Worte wird die ehemalige Bundesministerin Hilde Hawlicek sprechen.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärthl, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: BKA, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Amons Buch „Und sie lügen doch“ ist eine Abrechnung mit neoliberalen Sägern, Politphrasen und sonstigen Zeitgeisterscheinungen. Nähere Infos unter:

www.kulturpolitik.spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Republikanischer Club – Neues Österreich
Rockhgasse 1,
1010 Wien

Freitag, 20. November

WAT Sportschau – 90 Jahr Feier

Unter dem Motto „Wir bewegen Wien“ findet am 20. November die 90-Jahr-Feier des Wiener ArbeiterTurn- und Sportvereins statt. Zum 90-jährigen Jubiläum des WAT findet dieses Jahr eine Sportschau statt, bei der sich einige Vereine des WAT präsentieren und einen Ausschnitt ihres sportlichen Könnens zeigen werden. Alle InteressentInnen sind herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen. Die 90-Jahr-Feier steht unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer. Ehrenpräsidium: Bundesminister Norbert Darabos und der Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl. Weitere Informationen erhalten Sie auch im WAT-Generalsekretariat unter der Telefonnummer 01/804 85 32, Email: office@wat.at

Beginn: 18 Uhr

Sporthalle Brigittenau

Hopsagasse 5,
1200 Wien

Demonstrieren für die Kinderrechte!

Die Kinderfreunde rufen am 20. November zu einer Kinderdemonstration für die Rechte der Kinder auf. Kinder haben an diesem Tag Gelegenheit, selbst aktiv zu werden. Nicht für, sondern mit den Kindern wollen wir demonstrieren. Damit die Kinderrechte

bekannter werden, damit mehr Mitsprache von Kindern möglich wird und damit Kinderrechte auch einklagbar werden.

Weitere Infos: www.kinderfreunde.at und Tel. 01/5121298-55

Programm:

13.00 – 14.30 Warmup

Christian-Broda-Platz (Westbahnhof)

Styling-Zone, Frisuren- und Tattoo-Studio, Schilder bemalen, trommeln und vieles mehr.

14.30 – 15.30 Demo

Mariahilfer Straße

Große Parade über Wiens bekannteste Einkaufsstraße

16.00 – 18.00 Kinderrechte-Party
Arena Wien

Donnerstag, 26. November

Workshop zu „Neue Wege aus der Frauen-Armut“

Bei diesem Workshop von AURORA plus in Graz stehen neue Wege aus der Frauenarmut im Mittelpunkt. AURORA plus ist ein Projekt zur Förderung von Debatten über soziale Eingliederung in Österreich. Diskutiert werden das Zusammenwirken nationaler und regionaler Aktionspläne, die Erfordernisse eines existenzsichernden Einkommens für Frauen, bessere Zugangsmöglichkeiten für MigrantInnen zu Bildung und Arbeit, Zusammenhänge zwischen Armut und struktureller Gewalt, die spezifischen Bedürfnisse wohnungsloser Frauen und Berufe, die neue Wege eröffnen können. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und die Grazer Stadträtin für Soziales, Elke Edlinger, haben ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt.

Anmeldung unter www.aurora-austria.eu unbedingt erforderlich.

Beginn: 9.00 Uhr

Heimatsaal

Paulustorgasse 13a, 8010 Graz

NET NEWS

www.superpraktikant.at

Gratis-Arbeitskräfte: ÖVP scheitert 2.0

„Web 2.0“ nennt sich das neue Internet mit seinen Mitmach-Möglichkeiten. Da springt jetzt auch die ÖVP auf und bewirbt das System „Generation Praktikum“, also gratis oder schlecht bezahlte Arbeit für Jugendliche, jetzt mit einem teuren Werbegag namens „Superpraktikant“. Wer „eine Woche an der Seite von Josef Pröll“ samt Besuch beim Wiener Jägerball und Nachtslalom in Schladming erleben möchte, kann sich im Internet bewerben. Alle BesucherInnen der Seite können darüber abstimmen (Web 2.0 eben), wen

dieses Los trifft. Ist es an sich schon ein Fehltritt Prölls, seitens des Finanzministeriums Gratis-Arbeit junger Menschen zu bewerben, gibt ihm die Generation Internet jetzt die richtige Antwort: Aktuelle Favoriten für den „Job“ sind die kritische Journalistin Barbara Toth, gefolgt von einem „Mann fürs Grobe“, der die „Beseitigung von Maria Fekter“ anbietet und einem grünen Aktivisten, der sich als Prölls „Hofnarr“ bewirbt – 2.0 für die Internet-Community! ♦





Salzburg-Schule in Äthiopien eröffnet

Gabi Burgstaller eröffnete die Schule gemeinsam mit Almaz Böhm, der Geschäftsführerin von „Menschen für Menschen“. Künftig werden rund 1.500 SchülerInnen die neue Schule besuchen können. Gebaut wurde die Schule von der Hilfsorganisation „Menschen für Menschen“, finanziert durch Spenden aus Salzburg.

Taufe von Rottweiler-Welpen

Minister Norbert Darabos und seine Gattin Irene taufen vergangene Woche im Militärhundezentrum in Kaisersteinbruch zwei Rottweiler-Rüden. Die beiden dreieinhalb Monate alten Welpen hören auf die Namen „Cliff“ und „Chris“ und werden nach ihrer Ausbildung bei Bundesheer-Einsätzen im In- und Ausland eingesetzt werden.



Goldenes Ehrenzeichen für Michael Häupl

Wiens Bürgermeister Michael Häupl erhielt die höchste Auszeichnung der Republik Österreich. Bundespräsident Heinz Fischer würdigte in seiner Laudatio die „großen Verdienste Häupls um die international hohe Akzeptanz Wiens“.



Voves dankte den Katastropheneinsatzkräften

Im Namen aller von der diesjährigen Unwetter-Katastrophe Betroffenen, bedankte sich der steirische Landeshauptmann Franz Voves bei den rund 2.000 zur Dankeskundgebung am Fliegerhorst Nittner angetreten Mitgliedern der steirischen Einsatzorganisationen.